



Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach SJ

Geboren 1937 in Dortmund, trat Friedhelm Hengsbach 1957 nach dem Abitur in den Jesuitenorden ein.

Von 1959 bis 1962 studierte er Philosophie in München und nach einem Pädagogischen Praktikum in Büren (Westfalen) von 1964 bis 1968 Theologie in Frankfurt am Main. Von 1968 bis 1972 studierte er Wirtschaftswissenschaften in Bochum. 1976 promovierte er über die Assoziierung afrikanischer Staaten an die EG. Von 1977 bis 1982 war er Lehrbeauftragter für Christliche Sozialwissenschaft an der Philosophisch-Theologischen Hochschule St. Georgen in Frankfurt am Main.

1982 habilitierte er sich über Arbeitsethik: „Die Arbeit hat Vorrang – eine Option katholischer Soziallehre“. 1985 wurde Hengsbach Professor für Christliche Sozialwissenschaft/Wirtschafts- und Gesellschaftslehre. Seit 1992 ist er Leiter des Oswald von Nell-Breuning-Instituts für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik.

Anschrift Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach
PTH Sankt Georgen
Oswald von Nell-Breuning-Institut
Offenbacher Landstraße 224
60599 Frankfurt am Main
Deutschland
www.sankt-georgen.de/nbi

Ökonomisierung aller Lebensbereiche – eine große Bedrohung

Adelbert Reif im Gespräch mit dem Wirtschafts- und Gesellschaftsethiker Friedhelm Hengsbach SJ

Hengsbach ist seit 1992 Leiter des Oswald von Nell-Breuning-Instituts für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik in Frankfurt am Main. Er zählt zu den engagiertesten praxisorientierten Denkern auf den Gebieten von Wirtschaft und Gesellschaft im deutschen Sprachraum. Zu seinen wichtigsten Buchveröffentlichungen der letzten Zeit gehören: „Abschied von der Konkurrenzgesellschaft. Für eine Ethik der Kooperation in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft“ (1995), „Aus der Schiefelage heraus. Für eine demokratische Verteilung von Arbeit und Reichtum“ (zusammen mit Matthias Hesse, 1999), „Die ändern im Blick. Christliche Gesellschaftsethik in den Zeiten der Globalisierung“ (2001) und „Das Reformspektakel. Warum der menschliche Faktor mehr Respekt verdient“ (2004). Friedhelm Hengsbach SJ erhielt 1998 den Gustav Heinemann Bürgerpreis und 2004 den Regine-Hildebrandt-Preis für Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut.

conturen: Herr Professor Hengsbach, gestatten Sie mir, dass ich im Schiller-Jahr 2005 unser Gespräch mit einer an Schiller orientierten Frage beginne, nämlich: Was heißt und zu welchem Ende lehrt man Wirtschafts- und Gesellschaftsethik?

Hengsbach: Adam Smith schrieb sein berühmtes Buch „Über den Reichtum der Nationen“, weil ihn die Frage umtrieb, wie der gesellschaftliche Reichtum auf faire Weise verteilt werden kann. Das war auch für mich der Anstoß, mich sowohl als Philosoph wie als Theologe mit Wirtschaftswissenschaft zu beschäftigen. Aus dieser Kombination erwächst natürlich die Frage, ob wirtschaftliches Handeln nur zweckorientiertes Handeln ist oder ob sowohl bei der Auswahl der Mittel, als auch – und dies vor allem – bei der Definition der Ziele normative Fragen eine Rolle spielen.

Die moderne Wirtschaftswissenschaft hat diese Frage zeitweilig unter zweifacher Rücksicht weggeschoben: Einmal wurde das Denken in gesellschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen zurückgedrängt zugunsten einer Mikroperspektive, was heißt, dass einzelwirtschaftliche Überlegungen im Vordergrund stehen und die Zweck-Mittel-Beziehung Vorrang erhält. Und zum anderen ging man davon aus, dass wirtschaftliches Han-

Ist wirtschaftliches Handeln nur zweckorientiertes Handeln?

Einzelwirtschaftliche Überlegungen stehen im Vordergrund

*Verzerrung des
Menschen als
homo oeconomicus*

deln ausschließlich aus dem Eigeninteresse heraus erfolgt, was heißt, den eigenen Nutzen zu maximieren, rational Ziele und Mittel aufeinander zu beziehen und aus diesem Kontext heraus fast soziotechnisch Entscheidungen zu fällen. Darin liegt nicht nur eine Verkürzung, ja Verzerrung des Menschen als homo oeconomicus, sondern auch eine Verkennung der gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhänge, in denen Menschen ihre Entscheidungsregeln entwickeln: im familiären Zusammenhang, im nachbarschaftlichen Zusammenhang, im Zusammenhang auch von religiösen und moralischen Überzeugungen. Tatsächlich gewinnen Menschen erst aus diesem Kontext heraus die Regeln für ihr Handeln, ob im wirtschaftlichen oder partnerschaftlichen Bereich und auch gegenüber der natürlichen Umwelt.

conturen: Wo sehen Sie unter diesem Aspekt die zentralen Aufgaben der Wirtschafts- und Sozialethik?

*Investitions-
entscheidungen und
ihre Folgen*

Hengsbach: Das eine ist die Horizonterweiterung: Nicht der einzelne Konsument, der einzelne Haushalt oder auch das einzelne Unternehmen soll im Zentrum der Entscheidungsfindung liegen, sondern auch die Folgen in anderen gesellschaftlichen Bereichen müssen berücksichtigt werden. In der Wirtschaft oder in den Unternehmen betrifft das vor allem Investitionsentscheidungen. Diese zeitigen häufig Folgen, beispielsweise auf die soziale Gesundheit derer, die mit entsprechenden Produktionsanlagen umzugehen haben, aber auch auf die Politik, die Gesellschaft und die natürliche Umwelt.

*Wirtschaftliche
Entscheidungen
müssen auf Dauer
vernünftig sein*

Das andere ist die Einsicht, dass wirtschaftliche Entscheidungen im Ganzen und auf Dauer vernünftig sein müssen. Entscheidungen, die im räumlichen und im zeitlichen Horizont wirtschaftlich vernünftig sind, stimmen mit dem moralisch Gebotenen überein. Denn das moralische Gebot besagt, dass ich bei meinen Entscheidungen berücksichtigen soll, ob alle, die von den Folgen meines Handelns betroffen sind, meine Entscheidung auch ohne Zwang anerkennen würden. Das ist ein moralischer, insgesamt gesellschaftsethischer Grundsatz. Wenn die Unternehmensmanager dazu bereit wären, langfristig und räumlich so weitgehend zu denken, dann ist – so lautet meine These – das wirtschaftlich Vernünftige mit dem moralisch Gebotenen identisch. Unter den gegenwärtigen Bedingungen handelt es sich hierbei allerdings um eine idealtypische Konstruktion, der sich der einzelne Unternehmer, der unter massivem Wettbewerbsdruck steht, gar nicht ausliefern kann.

conturen: Würden Sie sagen, dass die wirtschafts- und sozialetischen Anforderungen an die Wirtschaft in letzter Zeit gewachsen sind?

*Tugendethische
Anforderungen an
Manager sind
gewachsen*

Hengsbach: Sie haben sich verstärkt. Einmal sind die tugendethischen Anforderungen an Manager, Personalchefs, Abteilungsleiter etc. in den einzelnen Unternehmen gewachsen. Sie müssen mit Mitarbeitern rechnen, die fachlich und kommunikativ hochkompetent sind und ihre positiven Erfahrungen mit zwangsfreier Kommunikation oder auch mit demokratischer Willensbildung nicht an der Bürotür oder am Fabriktor ablegen wollen. Das heißt, die Un-

ternehmensleitungen müssen verstärkt kommunikativ und partizipativ mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern umgehen. Ferner müssen sie darauf achten, dass die Nebenfolgen ihrer Produktions- oder Marketingentscheidungen möglichst gering gehalten werden, insbesondere was die Umweltfolgen und die sozialen Folgen anbelangt. Hier werden die Anforderungen an die Unternehmen immer größer. Die Unternehmen reagieren darauf auch, indem sie in zunehmendem Maße ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen, sich also nicht mehr ausschließlich als Wirtschaftseinheiten verstehen, sondern sich zugleich in den gesellschaftlichen und ökologischen Kontext einbringen.

*Unternehmen
nehmen verstärkt
ihre gesellschaftliche
Verantwortung
wahr*

Zum anderen müssen – von der einzelwirtschaftlichen Seite aus gesehen – die Unternehmer lernen, dass der Markt sich nicht selbst regieren kann. Das hohe Lied des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs wurde von ordoliberalen Wirtschaftstheoretikern ja immer dahingehend gedämpft, dass sie auf die vier offenen Flanken des Marktes verwiesen: Die Geldwertstabilität wird nicht durch Wettbewerb garantiert. Der Wettbewerb selbst kann sich nicht durch den Wettbewerb regulieren. Öffentliche Güter, die der privaten Ausschließung nicht unterliegen, müssen gesellschaftlich bereitgestellt oder zumindest gesellschaftlich organisiert werden. Und der soziale Ausgleich wird auch nicht durch den marktwirtschaftlichen Wettbewerb hergestellt.

*Die vier offenen
Flanken des Marktes*

Schließlich sind die Unternehmer als einzelne und auch als Kollektiv, als Arbeitgeberverbände, gefordert zu akzeptieren, dass jede Wirtschaft eingebettet ist in die Gesellschaft. Der Bischof von Limburg hat das einmal sehr schön formuliert: Im Mittelalter war der Dorfplatz umgeben vom Rathaus, von der Kirche, vom Krankenhaus und von der Schule. Ohne diese gesellschaftlichen Einrichtungen hätte es keinen Markt gegeben. Das gilt im vergrößerten Maßstab auch heute. Selbst die extremen Liberalen vertreten die Meinung, dass das Recht auf Privateigentum und die Durchsetzung der Vertragstreue vom staatlichen Rechtssystem garantiert werden müssen. Der Markt allein kann das nicht gewährleisten. Darüber hinaus aber müssen auch wirtschaftliche und soziale Grundrechte sowie politische Beteiligungsrechte garantiert werden. Insofern haben Unternehmer, die sich im Markt behaupten, immer auch die Pflicht, diese gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu respektieren und selbst für sie einzutreten.

*Jede Wirtschaft ist
in die Gesellschaft
eingebettet*

*Wirtschaftliche und
soziale Grundrechte*

conturen: Gehen wir von der positiven Bereitschaft der Unternehmen aus, diese gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht nur zu respektieren, sondern sie auch zu stabilisieren und möglicherweise sogar fortzuschreiben: Was würde das für ihr praktisches Handeln bedeuten?

Hengsbach: Allgemein gesprochen kommt es darauf an, dass sich wirtschaftliches Handeln in den Dienst der Lebensqualität von Menschen stellt. Man spricht gegenwärtig von den „großen Trends“, etwa der „Globalisierung“, des „demografischen Wandels“ oder der „technischen Entwicklung“ und sagt, die Aufgabe der politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger bestehe darin, sich diesen Trends anzupassen. Dagegen stellt sich jedoch

*Wirtschaftliches
Handeln in den
Dienst der Lebens-
qualität stellen*

die Frage, ob manche Trends nicht vielmehr das Ergebnis spezifischer wirtschaftlicher oder auch politischer Entscheidungen sind. Das heißt, diejenigen, die das Stauwehr hochziehen, beklagen sich am Ende, dass sie einen Strom vor sich haben, dem sie sich nicht entgensetzen können.

conturen: Aber haben diese „Trends“ nicht längst eine solche Eigendynamik entwickelt, dass sie sich der Beeinflussung entziehen?

*Trends sind keine
Naturereignisse*

Hengsbach: Diese Trends sind keine Naturereignisse, sondern schlicht Ergebnisse vorangegangener politischer oder auch wirtschaftlicher Entscheidungen. Das aber bedeutet, dass wir Ursache und Wirkung wieder in die richtige Reihenfolge bringen müssen. Wir müssen ausgehen von den vitalen Bedürfnissen der real existierenden Menschen: Was hat sich im Laufe der letzten zwanzig, dreißig Jahre in den Herzen und Köpfen der Menschen der europäischen Industriegesellschaften verändert? Wie definieren sie ihre Lebensqualität? Sie haben den Wunsch nach einem eigenständigen Leben; sie wollen ihre eigene Geschichte schreiben, authentisch, und insbesondere wollen sie ihre eigenen Lebenswürfe entwickeln und auch durchsetzen. Sie wollen in gelingenden Partnerschaften leben, auch mit Kindern, und eine faire Balance zwischen Erwerbsarbeit und Privatsphäre organisieren können. Und schließlich wollen sie ihr Leben im Einklang mit der Umwelt gestalten können.

*Leben im Einklang
mit der Umwelt*

Dem gegenüber stelle ich fest, dass sehr viele Menschen und zwar weit über den Kreis derer, die über beengte Einkommens- und Vermögensverhältnisse verfügen, ihre Lebenspläne nicht verwirklichen können. Das heißt, wenn wir die Lebensqualität der Gesellschaft steigern wollen – und nicht so sehr das Bruttosozialprodukt –, dann wäre es eine große Aufgabe sowohl der politischen Entscheidungsträger wie der Unternehmensleitungen, auf diese vitalen Bedürfnisse der Menschen einzugehen. Ich denke – und hier beziehe ich mich ausdrücklich auf die sehr plakative Formulierung der katholischen Soziallehre –, Ursprung, Mitte und Ziel jeder Gesellschaft ist der Mensch. Das ist nicht das Individuum, sondern der vergesellschaftete Mensch.

*Ursprung, Mitte
und Ziel jeder
Gesellschaft ist der
Mensch*

conturen: Ihr Vorgänger Oswald von Nell-Breuning hat einmal formuliert: „Der Begriff Solidarität bezeichnet eine besondere Art von Verbundenheit; ihre Eigenart besteht darin, dass alle solidarisch Verbundenen in der Weise für eine Verpflichtung einzustehen haben, dass jeder für die ganze Leistung in Anspruch genommen werden kann, das heißt, jeder hat nicht nur seinen eigenen Anteil zu erbringen, sondern auch für das Versagen der anderen einzuspringen... Solidarische Verbundenheit heißt, auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden zu sein.“ Wie ist es um dieses hehre Prinzip der „solidarischen Gesellschaft“, der „solidarischen Verbundenheit“ gegenwärtig bestellt? Sind wir nicht Zeugen einer wachsenden Entsolidarisierung in nahezu allen Bereichen unserer Gesellschaft?

*Das Prinzip der
„solidarischen
Gesellschaft“*

Hengsbach: Nicht in nahezu allen Bereichen. Die Tugend der Solidarität gilt unangefochten. Das sieht man an der öffentlichen Re-

aktion auf die Flutkatastrophen in Südostasien. Man sieht es daran, dass Lehrerinnen und Lehrer bereit sind, auf Einkommenszuwächse zu verzichten, um ihren jüngeren Kollegen den Einstieg ins Berufsleben zu ermöglichen. Und man sieht es in der Bereitschaft von Betriebsräten oder Belegschaften, auf Einkommensanteile zu verzichten, um gefährdete Arbeitsplätze abzusichern.

Die Tugend der Solidarität gilt unangefochten

Das Zitat von Nell-Breuning bezieht sich auf die Steuerungsform der Solidarität, die wie die Liebe in der Partnerschaft oder das Geld in der Wirtschaft das Handeln von Menschen koordiniert. Das Besondere der Solidarität sehe ich darin, dass auf der einen Seite Beiträge gezahlt werden entsprechend der Leistungsfähigkeit – die Bezieher niedriger Einkommen zahlen geringere Beiträge als die höherer Einkommen –, dass aber die Gegenseitigkeit diagonal ist: Die Hilfe im Notfall richtet sich nicht nach der Leistungsfähigkeit oder nach der Kaufkraft, sondern nach dem Bedarf. Das gibt es nur in der Solidarität. Doch eben dieser rechtsverbindliche Interessenausgleich auf einer gemeinsamen Grundlage ist brüchig geworden. Nicht, weil die Menschen weniger bereit wären, solidarisch zu sein, sondern weil die herkömmliche Solidarität eine Arbeitersolidarität war. Sie beruhte auf der abhängigen und ununterbrochenen Erwerbsarbeit von 45 Jahren, dem Prinzip der Vollbeschäftigung und auf der sexistischen Arbeitsteilung, die den Männern die Erwerbsarbeit zuwies, während die Frauen 60 oder mehr Prozent der gesellschaftlich notwendigen Arbeit unentgeltlich erbrachten und abgeleitet gesichert waren.

Herkömmliche Solidarität war eine Arbeitersolidarität

Diese drei für die Finanzierung der erwerbswirtschaftlichen Solidarität unverzichtbaren Grundlagen sind weggebrochen. Und dies zurecht: Frauen beanspruchen zurecht eine gleichrangige Beteiligung an der Erwerbsarbeit. Von daher muss eine andere Grundlage gefunden werden und sie muss so gefunden werden, dass im Geltungsbereich der Verfassung alle Personen – unabhängig ob sie Richter, Beamte, Soldaten, Angestellte, abhängig Erwerbstätige oder Selbstständige sind – in diese Solidargemeinschaft einbezogen werden. Auch alle Einkommen – nicht nur die Erwerbseinkommen, sondern ebenso Einkommen aus Verpachtung, Vermietung, Vermögen, Unternehmertätigkeit etc. – müssen beitragspflichtig werden. Das sichert – mit entsprechender Sockelung und Deckelung der solidarischen Leistungen – die Grundlagen der Finanzierung und greift über den brüchig gewordenen Boden der traditionellen Solidarität hinaus.

Alle Einkommen müssen beitragspflichtig werden

conturen: Nun zeigt sich aber, dass die Wirtschaft in immer stärkerem Maße der Versuchung unterliegt, die gesamte Gesellschaft nach ihren Vorstellungen zu modellieren, was bedeutet, sie in ein Unternehmen zu verwandeln. Der Faktor „Solidarität“ spielt da überhaupt keine Rolle mehr...

Hengsbach: Die Ausweitung betrifft sogar die Kirchen. Ich sehe in der Ökonomisierung aller Lebensbereiche eine der großen Bedrohungen unserer Gesellschaft. Davon sind alle Einrichtungen betroffen, die nicht ausschließlich nach der Marktsteuerung, also nach der Kaufkraft auf der einen Seite und dem Leistungsvermögen auf der anderen Seite organisiert sind. Insofern handelt es sich

Eine Verkennung der unterschiedlichen Steuerungsformen

hier auch um eine Verkennung der unterschiedlichen Steuerungsformen, wenn beispielsweise der Markt auf das Gesundheitswesen oder auf das Bildungswesen übertragen wird. Die Gesundheit ist nun einmal keine Ware wie Fallobst oder ein Gebrauchtwagen. Ich habe kein rationales Verhältnis zu meiner Gesundheit. Deshalb ist es auch Unfug, den Patienten als „mündigen Kunden“ zu definieren. Außerdem sind wir in den demokratischen Gesellschaften der Meinung, dass bestimmte Güter, wie eine angemessene Gesundheitsversorgung und eine angemessene Ausstattung mit Bildungsgütern, nicht nur dem Markt überlassen bleiben sollen, sondern einen Grundrechtsanspruch darstellen.

Leistung einer Krankenschwester

Hinzu kommt, dass personenbezogene Dienste im Gesundheits- und Bildungsbereich ohnehin nur eingeschränkt nach den Funktionsmechanismen der Industriegesellschaft zu bewerten sind. Ich kann die Leistung einer Physiotherapeutin oder einer Krankenschwester nicht nach der industriellen Produktivität messen. Täte ich dies, gelangte ich zu diesem hirnrissigen Verfahren, dass das Putzen der Zähne oder die Herausnahme des Gebisses eines älteren Menschen oder dessen Begleitung zur Toilette mit einer Zeiteinheit bemessen wird, der ein bestimmter Euro-Betrag entspricht. Eine solche Pervertierung gesellschaftlicher Einrichtungen durch ökonomische Verengungen führt nicht zu einer Verbesserung der Qualität von Gesundheitsleistungen, sondern erzeugt einen ungeheuren Druck auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die demotiviert werden, keine Freude mehr an ihrer Arbeit haben und möglicherweise aus dem Pflegebereich fliehen – das gilt für Ärzte und Krankenschwestern gleichermaßen. Am Ende werden auch die Leistungen gekürzt, was bedeutet, dass das, was die Gesellschaft an solidarischer Verbundenheit anbietet, abgebaut und auf die private Initiative überwältigt wird.

Gesellschaftliche Risiken werden individualisiert

Ich habe den Eindruck, dass ein Teil der gegenwärtigen Reformen unter diesem Aspekt zu sehen ist. Gesellschaftliche Risiken werden individualisiert. Man versucht zu zeigen, dass der Risikofall, beispielsweise schwere Krankheit, Altersarmut oder Arbeitslosigkeit, nicht auf gesellschaftliche Verhältnisse zurückzuführen ist, sondern seine Ursachen in persönlichem Fehlverhalten hat. Wenn man das geschafft hat, kann man auch die private Vorsorge an die Stelle der solidarischen Vorsorge rechtfertigen.

conturen: In Deutschland sind gegenwärtig rund fünf Millionen Menschen arbeitslos. Wie schätzen Sie längerfristig die sozialen und mentalen, nicht zuletzt auch die gesamtgesellschaftlichen Folgen dieses Zustandes ein, von dem leider anzunehmen ist, dass er auf weite Sicht ein Dauerzustand bleibt?

Prozess der Verarmung bestimmter Gruppen

Hengsbach: Die Folgen der Arbeitslosigkeit lassen sich jetzt schon deutlich beobachten. Es findet ein Prozess der Verarmung bestimmter Gruppen, vor allem der Arbeitslosen selbst und ihrer Familien, statt. Damit einher geht eine erschreckende Zunahme der Kinderarmut. Von den mit der Arbeitslosigkeit zusammenhängenden gebrochenen Biografien gar nicht zu reden. Da Armut ja nur der Extremfall auf einer Skala ist, deren anderes Extrem sich in Wohlstand und Reichtum ausdrückt, beobachtet man ferner eine

zunehmende Spaltung der Gesellschaft. Das hat sowohl der jüngste Datenreport des Statistischen Bundesamtes als auch der Armuts- und Reichtumsbericht von 2001 bestätigt. Und was für die gegenwärtige Situation noch wichtiger ist, das wird der in Kürze zur Veröffentlichung kommende neue Armuts- und Reichtumsbericht wiederum bestätigen: Die Zahl der Sozialhilfeempfänger hat in den letzten fünf Jahren um mehr als ein Prozent zugenommen und gleichzeitig sind die Vermögenszuwächse beim obersten Zehntel der Bevölkerung gestiegen. Diese Polarisierung der Gesellschaft nimmt besorgniserregend zu.

conturen: Kehrt damit die längst erledigt geglaubte soziale Frage wieder auf die Agenda zurück?

Hengsbach: Zweifellos. Seit 25 Jahren wird in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit ein marktradikales und wirtschaftsliberales Bekenntnis propagiert. Man predigt Vertrauen in die Selbstheilungskräfte des Marktes, bezeichnet den „schlanken Staat“ im Unterschied zum Sozialstaat als besten aller möglichen Staaten und wenn die Zentralbank für die Stabilität des Geldwertes Sorge, würden Wachstum und Beschäftigung automatisch kommen.

Auf dieser Grundlage ist man für eine Spreizung der Einkommen eingetreten, nicht zuletzt aus der Überzeugung heraus, dass die Menschen nun einmal verschieden seien, unterschiedliche Talente hätten und sich unterschiedlich engagierten und dass man dieses unterschiedliche Leistungsvermögen auch durch entsprechende unterschiedliche Einkommen honorieren müsse. Dadurch werde ein Anreiz auf die sogenannten Leistungsträger ausgeübt, all ihre Fähigkeiten zu entwickeln – zu ihrem eigenen Vorteil und auch zum Vorteil der Gesellschaft. Das Ergebnis besteht in einer seit 20 Jahren tatsächlich zunehmenden Spreizung der Einkommen und Vermögen. Zugleich hat auch der Staat seine Steuerpolitik so verändert, dass die oberen Einkommen – Gewinneinkommen, Kapitaleinkommen – steuerlich entlastet werden, während die Hauptlast der Steuereinnahmen aus dem unteren Bereich der Bevölkerung erbracht wird: auf der einen Seite durch die Lohnsteuer, auf der anderen Seite durch die indirekten Steuern und Abgaben. Das hat nun dazu geführt, dass der Anteil der Gewinn- und Kapitaleinkommen am gesamten Volkseinkommen tendenziell gestiegen ist, während der Anteil der Arbeitseinkommen gesunken ist.

Diese Spreizung der Einkommen ist also zum einen ideologisch verursacht worden, aber dann auch politisch mitgetragen worden. Man hat das gewollt. Insofern darf man jetzt nicht beklagen, dass der gesellschaftliche Zusammenhang bedroht ist. Und man darf ferner nicht beklagen, dass durch diese Einkommens- und Vermögensentwicklung das ursprüngliche Ziel der Spreizung, nämlich mehr Wachstum und mehr Beschäftigung, nicht erreicht worden ist.

conturen: Halten Sie eine drastische Reduzierung der Arbeitslosigkeit in Deutschland von derzeit rund fünf Millionen auf vielleicht drei oder sogar zweieinhalb Millionen, wie von den Politikern mehrfach versprochen, überhaupt für einen realistischen Gedanken?

Polarisierung der Gesellschaft nimmt besorgniserregend zu

Man predigt Vertrauen in die Selbstheilungskräfte des Marktes

Zunehmende Spreizung der Einkommen

Mehr Wachstum ist nicht erreicht worden

Arbeitslosigkeit ist kein Naturereignis

Hengsbach: Arbeitslosigkeit ist kein Naturereignis. Das lässt sich jedoch nicht damit belegen, dass sowohl der frühere Bundeskanzler Kohl wie der jetzige Bundeskanzler Schröder oder die Hartz-Kommission versprochen hat, die Arbeitslosigkeit innerhalb kurzer Zeit zu halbieren. Diese Versprechungen haben sich als nicht einlösbar erwiesen und die Öffentlichkeit traut heute diesen und ähnlichen Ankündigungen von politischen Entscheidungsträgern nicht mehr.

Arbeitslose werden „umfassend“ demotiviert

Die Maßnahmen, die gegenwärtig ergriffen werden und am untersten Ende des Arbeitsmarktes ansetzen, stellen keine geeignete Lösung dar, weil sie die Opfer – nämlich die Arbeitslosen – noch einmal unter Druck setzen. Sie verschärfen die Bedingungen der Zumutbarkeit einer regulären Arbeit, die in Wirklichkeit gar nicht vorhanden ist, und zum anderen verschlechtern sie durch drastische Kürzungen auch die Lebensbedingungen der Menschen, mindern ihre Qualifikation, ihre Kompetenzen, ihr Selbstwertgefühl und demotivieren sie sozusagen „umfassend“. Auch die Maßnahmen, die mittels „Ich-AG“, „Mini-Job“ oder „Ein-Euro-Job“ ergriffen wurden, führen eher zu einem Austausch von regulären, sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen in solche prekären Arbeitsverhältnisse und bedeuten dann auch, dass die Zahl der „working poor“, derjenigen, die Arbeit haben und trotzdem mit dieser Arbeit kein menschenwürdiges Leben führen können, zunimmt. Letztlich drohen auch in diesem Bereich US-amerikanische Verhältnisse, wo die Menschen ein, zwei und manchmal sogar drei Mini-Jobs haben, um auf diese Weise am Ende ein sozio-kulturelles Existenzminimum zu erreichen. Damit ist in Deutschland der Systembruch markiert. Seit Bismarcks Zeiten war den abhängig Beschäftigten in Fällen gesellschaftlicher Risiken wie Arbeitslosigkeit, Unfall, Altersarmut und dergleichen garantiert, dass sie halbwegs ihren Lebensstandard aufrecht erhalten könnten, den sie durch ihre eigene Arbeit während ihrer Erwerbstätigkeit erreicht haben.

Zahl der „working poor“ nimmt zu

conturen: Inzwischen ist ein bemerkenswerter Vorgang festzustellen: Zu den durch Arbeitslosigkeit „sozial Ausgegrenzten“ gehören heute nicht mehr nur Angehörige der einstigen sogenannten „Unterklasse“, sondern – und dies in zunehmendem Maße – auch Manager, Direktoren und Führungskräfte jeder Kategorie...

„Sozial Ausgegrenzte“

Es setzt sich eine depressive Spirale in Bewegung

Hengsbach: Das hat zwei Ursachen. Als vorrangiges Schlüsselement der Arbeitsmarktreform sah man den Druck an, Einkommen bei den Personen oder gesellschaftlichen Gruppen zu reduzieren, bei denen das am ehesten möglich war. Man erwartete, dass, wenn man beispielsweise das Rentenniveau absenkt, die entlasteten Beitrags- und Steuerzahlenden davon nicht betroffen sind. Oder wenn man die Sozialleistungen absenkt, diese Maßnahme, die tarifgebundene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht tangiert. Das Gegenteil aber ist der Fall: Wenn am unteren Bereich systematisch der Druck erhöht wird, steigt nach oben hin die Vermutung, man könne der nächste sein, der von solchen Kürzungen betroffen ist. Es setzt sich eine depressive Spirale von unten in Bewegung. De facto kommt das gesamte Tariflohnggefüge ins Rutschen. Mit der Forderung, den Kündigungsschutz zu lockern, die Tarifverträge zu

flexibilisieren und das Arbeitsrecht „flüssiger“ zu gestalten, steht die Sicherheit, einen Arbeitsplatz zu haben und auf längere Sicht zu behalten, auf dem Spiel. Das erzeugt Unsicherheit und schafft Spannung auch in den mittleren Bereichen.

Die andere Ursache liegt in der Orientierung der Unternehmensleitungen an kurzfristigen Erfolgen. Das führt zu einer Beschleunigung des Auf- und Abstiegs. Es schafft aber auch eine Hektik und ein Tempo, dem sich weder alle abhängig Beschäftigten noch alle Manager gewachsen zeigen. Man spricht von der „Shortisierung“, das heißt der systematischen Kurzatmigkeit der wirtschaftlichen Orientierung. Das Wichtigste in einem Unternehmen sind die zukünftigen Finanzströme. Sie werden auf einen Gegenwartswert diskontiert und dieser Unternehmenswert ist die Orientierungsmarke für unternehmerische Entscheidungen. Im Aktienkurs schlägt er sich sichtbar nieder. Angesichts der kurzfristigen Erwartungen im Hinblick auf den Kurs und der subjektiven Stimmungslagen, die diesen Kurs mit beeinflussen, steht das Management unter dem Druck, kurzfristig zu reagieren und sich entsprechend zu präsentieren. So bestehen Analysten und die Manager der Investmentfonds selbst gegenüber dem Chef des Siemens-Konzerns auf detaillierten Informationen darüber, wie die Entwicklung des Aktienkurses des Unternehmens mit der Ertragslage einzelner Betriebe oder den Personalkosten einzelner Abteilungen zusammenhängt. Dieser Druck der Aktionäre schürt auch in den Führungsetagen der Unternehmen Unsicherheit und Angst, denen so mancher zum Opfer fällt, der es nicht mehr schafft, der Selbstausbeutung zu widerstehen.

conturen: Wo müssten aus Ihrer Sicht Maßnahmen für eine wirk-same Reduzierung der Arbeitslosigkeit ansetzen?

Hengsbach: Die Arbeitsmärkte sind abgeleitete Märkte. Sie geraten dann in Bewegung, wenn sich vorher auf den Gütermärkten eine entsprechende dynamische Nachfrage entwickelt hat. Die Investitionen, die auf den Gütermärkten eine Belebung hervorrufen, hängen wiederum ab von der Situation auf den Finanzmärkten. Diese aber können derart dereguliert oder chaotisch sein, dass sie praktisch die realen Investitionen verhindern. Die Orientierung am Shareholder Value deutet ja darauf hin, dass das Wichtigste die Steigerung des Aktienkurses des Unternehmens ist und nicht der Absatz seiner Produkte. Wenn die Renditeerwartungen auf den Kapitalmärkten höher sind als die Profiterwartung durch reale Investitionen, dann legen die Unternehmer ihre Finanzmittel eher auf den Kapitalmärkten an, als sie in Investitionen umzusetzen, die Arbeitsplätze schaffen und damit auch die Kaufkraft steigern. Hier muss eine Umkehrung erfolgen.

conturen: Kardinal Lehmann hat unlängst davon gesprochen, dass es in Deutschland bei unveränderter Einkommensentwicklung zu einer „vorrevolutionären Situation“ kommen könnte...

Hengsbach: Wenn ich zynisch wäre, würde ich sagen: Das wäre in der Tat zu befürchten, weil politische Entscheidungsträger nur auf Druck reagieren, sei es, dass Jugendliche in den neuen Bundesländern die Schaufenster der Kaufhäuser einschlagen oder Woh-

Orientierung der Unternehmensleitungen an kurzfristigen Erfolgen

Druck der Aktionäre schürt auch in Führungsetagen Unsicherheit

Orientierung am Shareholder Value

Eine „vorrevolutionäre“ Situation in Deutschland?

nungen besetzen. Aber ich würde das erstens nicht wünschen und zum andern würde ich auch nicht vermuten, dass eine solche „vorrevolutionäre Situation“ herangereift wäre.

*Arbeitslosigkeit
hat besonders die
neuen Bundes-
länder getroffen*

In Ostdeutschland kam es wegen Hartz IV zu zahlreichen Montagsdemonstrationen. Sie waren das Ergebnis der realistischen Erfahrung der Menschen, dass es gesellschaftliche Risiken gibt, für die sie nicht verantwortlich sind. Dazu zählt beispielsweise die Arbeitslosigkeit, die im Zuge der Vereinigung in besonderer Weise die neuen Bundesländer getroffen hat. Die Menschen waren sich bewusst, dass es sich um ein kollektives, politisch verursachtes Ereignis handelt, das nicht ihre individuelle Verantwortung trifft. So konnten sie denn auch gemeinsam dagegen vorgehen. Im Westen ist dieses Gefühl einer kollektiven Betroffenheit noch ziemlich unterentwickelt. Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe wird immer noch als individuelles Schicksal gesehen, das im persönlichen Versagen seine Ursache hat.

*Eine Massenkrise
wird von Fall zu Fall
behandelt*

Ich denke, dass die Hartz IV-Gesetzgebung dieses Empfinden noch einmal verstärkt. Denn nach dem 1. Januar 2005 sehen wir, dass zunächst einmal äußere Ruhe herrscht. Die Individualisierung eines gesellschaftlichen Risikos ist jetzt auf die Spitze getrieben, weil jeder sein Formular ausfüllen muss und individuell eine entsprechende Hilfeleistung gewährt bekommt. Die Bundesagentur für Arbeit hat Fall-Manager eingestellt, das heißt, eine Massenkrise wird von Fall zu Fall verhandelt. Natürlich werden irgendwann die Gerichte eingeschaltet, aber auch die werden jeden einzelnen Fall beurteilen. Wenn man nun die eigene Situation derart individualisiert gedeutet findet, dann fällt es schwer, nach links und rechts zu schauen und zu sagen: Wir alle sind betroffen von politischen Fehlentscheidungen und von Ereignissen, die gleichermaßen nicht in der Natur oder in einem bösen Schicksal ihre Ursache haben, sondern gesellschaftlich bedingt sind.

conturen: Steht zu befürchten, dass angesichts der zunehmenden Verlagerung von Arbeitsplätzen in Länder außerhalb der westlichen Wohlstandsgesellschaften die Arbeitslosigkeit in den klassischen Industrieländern weiter zunehmen wird?

*Massenarbeits-
losigkeit durch
internationale
Verflechtung?*

Hengsbach: Ich habe nicht den Eindruck, dass die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland, die sich in drei großen Schüben – 1973, 1980, 1992 – hochgeschraubt hat, durch die internationale Verflechtung verursacht ist. Bei einer Produktionsverlagerung werden Investitionsgüter exportiert und im Ausland Arbeitsplätze geschaffen. Zugleich wird damit Kaufkraft geschaffen und ein Teil dieser Kaufkraft, die ja auch die Wachstumskräfte in dem jeweiligen Land anregt, kommt als Nachfrage nach deutschen Exportprodukten zurück. Die Folge ist, dass sich sowohl in dem Land, in das die Produktion verlagert wurde, der Wohlstand erhöht, als auch aufgrund der wachsenden Exportnachfrage in Deutschland. Das entspricht übrigens durchaus den traditionellen Regeln einer fairen internationalen Arbeitsteilung und es entspricht auch den Erfahrungen der Bundesrepublik in der Nachkriegszeit. Die Auswanderung großer Teile der Textilindustrie und anderer Industrien verringerte den Wohlstand in der Bundesrepublik keineswegs. In-

*Faire internationale
Arbeitsteilung...*

*...Produktions-
verlagerungen...*

sofern kann der Bundesrepublik nichts Besseres geschehen, als dass ihre Nachbarn sich durch Produktionsverlagerungen zu entwickelten Volkswirtschaften hocharbeiten und interessante Handelspartner werden.

*...interessante
Handelspartner*

conturen: In Bezug auf Deutschland wird bereits die These vertreten, dass es mit einer gleichbleibenden oder sogar weiter steigenden Armut und Arbeitslosigkeit rechnen muss...

Hengsbach: Wir müssen damit rechnen, wenn erwartet wird, dass die Industrie der Schlüssel für mehr Beschäftigung sei. Der Produktivitätsfortschritt in der Industrie ist derart enorm, dass sie keine Vollbeschäftigung mehr herstellen wird. Volkswagen baut den Golf in 32 Stunden, den Polo in 16 Stunden und den Lupo in acht Stunden. Das bedeutet innerhalb von zehn Jahren einen Produktivitätsschub um das Vierfache. Und Opel Rüsselsheim, das gegenwärtig modernste Autowerk in Europa, ist nur zur Hälfte ausgelastet. Die Nachfrage hält nicht Schritt mit der gestiegenen Produktionskapazität. Mit jedem neuen Modell – also innerhalb von vier bis fünf Jahren – kann die Zahl der Beschäftigten, die für die Herstellung eines Autos benötigt wird, um etwa 30 Prozent gesenkt werden. Insofern ist es falsch, von der Industrie eine Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt zu erwarten.

*Enormer Produktivitätsfortschritt der
Industrie*

Die Industriegesellschaften wandeln sich in Richtung moderne Dienstleistungsgesellschaften. Damit meine ich nicht Banken, Versicherungen, Post und Bahn. Denn die können genauso rationalisieren, wie das die Industrie tut. Was ich im Blick habe, ist der Bereich personennaher Dienste. Nach Auffassung eines französischen Volkswirtschaftlers liegt die Zukunft der Arbeit in der Arbeit am Menschen: in der Pflege und Kultivierung des menschlichen Arbeitsvermögens. Ich übertrage das auf die Bereiche von Bildung, Gesundheit und Kultur. Es fehlen derzeit im Krankenhaussektor in Deutschland 50 000 Ärzte, um überhaupt legale Zustände herzustellen. Es fehlen Pflegekräfte, Krankenschwestern Physiotherapeutinnen. Im gesamten Kulturbereich könnten wir unsere Lebensqualität steigern, wenn entsprechend qualifizierte Arbeitskräfte vorhanden sind und Finanzmittel für diese Märkte zur Verfügung gestellt werden.

Moderne Dienstleistungsgesellschaften

conturen: Aber gerade auf diesem Sektor wird nahezu täglich ein kaum mehr zu beschreibender Abbau betrieben...

*Zukunft der Arbeit
liegt in der Arbeit
am Menschen*

Hengsbach: Das hängt damit zusammen, dass ein großer Teil gerade dieser Bereiche als „öffentliche Güter“ und als Grundrechtsanspruch angesehen wird. Tatsächlich gibt es jedoch auch einen privaten Bildungsmarkt, einen privaten Gesundheitsmarkt und einen überwiegend privaten Kulturbereich. Meiner Meinung nach müssten nun die öffentlichen und die privaten Investitionen kombiniert dafür sorgen, dass dieser private Markt entwickelt wird, um die Kaufkraft der besser Verdienenden oder der Wohlhabenden abzuschöpfen und dass gleichzeitig, wo immer öffentliche Investitionen in diesen Bereichen notwendig sind, der Bedarf der breiteren Bevölkerungsschichten nach Bildung, Gesundheit, Kultur abgedeckt wird. Das geht aber nicht auf der Basis: Steuern runter – schlanker Staat. Diese Grundorientierung der gegenwärtigen Po-

*Privaten Bildungs-
und Gesundheitsmarkt entwickeln*

*Finanzmittel für
öffentliche Güter*

litik halte ich für falsch. Wenn man den von mir skizzierten Bereich als Zukunftsmarkt entdeckt, wo die vitalen Bedürfnisse der Menschen befriedigt werden und auch öffentliche Aufgaben erledigt werden können, dann muss sich der Staat auch die Finanzmittel beschaffen, die für diese öffentlichen Güter benötigt werden.

conturen: Wenn Sie auf Ihre Wirkungsmöglichkeit in der Praxis blicken: Wie „offen“ zeigen sich Parteien, Gewerkschaften, Unternehmen, Verbände, auch kirchliche Institutionen und einzelne Entscheidungsträger gegenüber den von Ihnen formulierten kritischen Einlassungen?

*Eine politische
Wirtschaftsethik*

Hengsbach: Als ich meine Arbeit begann, stand ich vor der Wahl, mich wissenschaftlich in Lehre und Forschung zu etablieren und gleichzeitig eine individuelle, elitäre Beratungstätigkeit politischer oder wirtschaftlicher Entscheidungsträger anzustreben, indem ich mich auf Abgeordnete oder auf sonstige politische und wirtschaftliche Führungskräfte einlasse. Ich habe mich für die Alternative entschieden, eine politische Wirtschaftsethik auszuarbeiten. Dabei handelt es sich zunächst einmal um eine konzeptionelle Forschungsarbeit, mit deren Ergebnissen ich mich dann in erster Linie an die politische Öffentlichkeit wende. Das hat sich so eingespielt, möglicherweise aufgrund bestimmter Talente und Neigungen. Die im Vorfeld parlamentarischer Auseinandersetzungen agierenden Verbände, Gruppierungen, sozialen Bewegungen, bürgerschaftlichen oder zivilgesellschaftlichen Initiativen sind gleichsam mein „Resonanzboden“. Hier halte ich Vorträge, diskutiere, veröffentliche und versuche, zivilgesellschaftliche Bewegungen reflexiv zu begleiten und zu beeinflussen.

*„Zivilgesellschaftliche
Initiativen
sind mein
Resonanzboden“*

conturen: Und wie schätzen Sie die Bereitschaft von Politikern und Wirtschaftsvertretern ein, den von Ihnen anvisierten ethisch orientierten Zielsetzungen gerade in so umstrittenen Bereichen wie Arbeit und Soziales zu folgen?

Hengsbach: Propheten, die etwas 24 Stunden eher entdecken, müssen damit rechnen, 24 Stunden als Idioten angesehen zu werden. Das ist zugegebenermaßen eine sehr unbescheidene Inanspruchnahme von Positionen. Aber ich habe im Laufe meiner Tätigkeit die Erfahrung gemacht, dass Positionen, die singular oder als Minderheit vertreten werden, doch hin und wieder Akzeptanz finden, und zwar vornehmlich dann, wenn der Druck der Situation und die argumentative Kraft der Debatte so stark werden, dass auch Unternehmer oder Politiker sich diesen Vorschlägen anpassen. Da fühle ich mich dann bestätigt, wenn ich sehe, dass in der öffentlichen Diskussion ein Lernprozess stattfindet.

Druck der Situation

So wird beispielsweise die Forderung, von den auf die Erwerbsarbeit zugeschnittenen Formen der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme wegzukommen und eine erweiterte Solidarität zu praktizieren, die alle Personen, die im Geltungsbereich der Verfassung leben, aber auch alle Einkommen, die im Geltungsbereich der Verfassung entstehen, einbezieht, mittlerweile von der Politik aufgegriffen. Auch die Erkenntnis, dass die Fixierung allein auf die Erwerbsarbeit uns nicht weiterbringt, um die Massenarbeitslo-

*Fixierung allein auf
die Erwerbsarbeit
bringt uns nicht
weiter*

sigkeit zu beseitigen, so dass wir immer sowohl die Erwerbsarbeit als auch die private Erziehungs-, Pflege- und Hausarbeit im Auge haben müssen sowie das zivilgesellschaftliche Engagement, und dass wir diese drei Arbeitsformen auf zwei Geschlechter verteilen müssen, ist in die öffentliche Debatte eingedrungen. Überlegungen, dass Frauen gleiche oder bessere Bildungschancen als Männer nicht ins Erwerbsleben übertragen können, so dass sie weiterhin benachteiligt oder sogar diskriminiert sind, wurden natürlich sowohl von Unternehmern als auch von Politikern zunächst zurückgewiesen. Doch dann wächst die Bereitschaft, politisch zu handeln, wie wir es in der intellektuellen Auseinandersetzung bereits vorweg genommen haben.

Wir müssen drei Arbeitsformen auf zwei Geschlechter verteilen

Ähnliches gilt für die Debatte um Lohnerhöhungen. Ich hatte seit langem darauf hingewiesen, dass diese angebotsorientierte und monetaristische Wirtschaftspolitik, die seit zwanzig Jahren mehrheitsfähig geworden ist, zwei offene Flanken hat, nämlich die Einkommensflanke und die Flanke der kaufkräftigen Nachfrage. Erst jetzt, nachdem der Sachverständigenrat fast zwanzig Jahre immer das Bekenntnis gepredigt hat, die Löhne müssten gesenkt werden, meldet sich in der politischen Öffentlichkeit die Gegenmeinung, dass Lohnerhöhungen entsprechend der Produktivitätsrate zusätzliche Einkommen schaffen und dass diese die seit Jahren stagnierende Binnennachfrage beleben könnten. Auch in der unseligen Debatte um die Verlängerung der Arbeitszeit scheinen meine Ansichten diskussionsfähig geworden zu sein. Ich habe seit langem betont, dass die Flexibilisierung der individuellen Arbeitszeit gekoppelt sein müsse mit einer kollektiven Verkürzung der Arbeitszeit. Das wurde zunächst einmal fast ein Jahrzehnt aus der Diskussion gehalten. Jetzt bestätigen sogar Leitartikel der „Financial Times“ Deutschland, dass eine bloß individuelle Flexibilisierung zu einer kollektiven Verlängerung der Arbeitszeit führt und das Gegenteil eines Abbaus der Arbeitslosigkeit bewirkt.

Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik hat zwei offene Flanken

Belebung der stagnierenden Binnennachfrage

conturen: Ist für die voraussehbare Zukunft überhaupt ein Wirtschaftskonzept denkbar, das den ethischen Komponenten gerecht wird?

Hengsbach: Die Frage der Gerechtigkeit kann nie unabhängig von konkreten Situationen und von den als Herausforderung gedeuteten gesellschaftlichen Situationen beantwortet werden. Schon spricht man davon, dass man sich von der Verteilungsgerechtigkeit verabschieden und mehr auf die Leistungsgerechtigkeit und die Chancengleichheit setzen müsse, dass der Markt für mehr Gerechtigkeit Sorge, als der Staat durch seine Umverteilungsaktivitäten überhaupt zu leisten imstande sei. Ich bin sehr kritisch eingestellt gegenüber diesen Versuchen, Gerechtigkeit neu zu definieren. Aber ich sehe ein, dass Prinzipien nicht einfach vom Himmel fallen – auch nicht das Prinzip der Gerechtigkeit. Oswald von Nell-Breuning hat das so schön formuliert: Prinzipien kann man nicht melken.

Frage der Gerechtigkeit nie unabhängig von konkreten Situationen

Nell-Breuning: „Prinzipien kann man nicht melken“

In der modernen Gesellschaft ist es Aufgabe eines Dialogs, herauszufinden, was für alle als verbindlich gelten soll. Bevor wir jedoch über die normativen Grundsätze einer Gesellschaft diskutie-

*Wir müssen uns
über die Deutung
der Situation
verständigen*

ren, müssen wir uns über die Deutung der Situation verständigen: Verhält es sich wirklich so, dass die Globalisierung die Ursache für die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland ist? Oder: Ist der demographische Wandel, also die Veränderung der biologischen Zusammensetzung der Bevölkerung, eine derart entscheidende Ursache der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes? Oder: Sind tatsächlich die technischen Umwälzungen der Grund für die oft miserable Lage von abhängig Beschäftigten auf dem Arbeitsmarkt, die zu Überstunden gedrängt werden, zur Mehrarbeit und zur Vertrauensarbeitszeit bis zur Selbstaussbeutung?

*Definition einer
situationsbezogenen
Gerechtigkeit*

Wir müssen uns zunächst einmal die Situation verdeutlichen und erst dann können wir fragen, was in einer spezifischen Situation gerecht ist. Manchmal braucht es Jahrzehnte, bis man sich über eine Situation verständigt hat. So ist es nicht unwahrscheinlich, dass wir aus einem zunehmenden Druck der gesellschaftlichen Situation heraus – Massenarbeitslosigkeit und Spreizung der Lebenschancen – neu lernen, in welchem Ausmaß die Grundsätze der Gleichheit oder der Differenz in die Definition einer situationsbezogenen Gerechtigkeit eingehen.

conturen: Die Bezeichnung „Humankapital“ ist soeben zum „Unwort des Jahres“ gekürt worden. Was sagt der Wirtschafts- und Gesellschaftsethiker zum „Humankapital“?

*Kostbarste
Ressource einer
Volkswirtschaft:
das menschliche
Arbeitsvermögen*

Hengsbach: Seit Jahren versuche ich, diesen Begriff zu vermeiden, nicht allein deshalb, weil ich ihn unschön finde, sondern er trifft auch nicht das, was die kostbarste Ressource einer reichen Volkswirtschaft ist, nämlich das menschliche Arbeitsvermögen. Wenn die Unternehmen soviel Wert auf kompetente Mitarbeiter legen, dann müssten sie diese auch als Menschen ernst nehmen. Der Anspruch, den junge Menschen erheben, dass ihr Arbeitsvermögen, das einen Teil ihrer Identität ausmacht, nicht unterdrückt oder schlecht geredet, sondern dass es aufgewertet, kultiviert und veredelt wird, ist aus meiner Sicht ein Grundrecht, weil dieses aufgewertete Arbeitsvermögen ihnen die Möglichkeit gibt, gesellschaftlich anerkannt zu werden, mit sich selbst identisch zu sein, und in der Beteiligung an der gesellschaftlich organisierten Arbeit auch einen angemessenen Wohlstand zu erreichen.